

## **Initiativantrag**

**der sozialdemokratischen Abgeordneten**

**betreffend**

**die Einhebung von Anmeldegebühren an der Johannes Kepler Universität Linz**

**Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

**Der Oö. Landtag möge beschließen:**

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass die Johannes Kepler Universität Linz von der Einhebung der Anmeldegebühren in den Bachelorstudien Wirtschaftswissenschaften und Sozialwirtschaft absieht und bereits eingehobene Gebühren zurückerstattet.

### **Begründung**

Seit 1. März 2016 gilt die Online-Registrierung für Studierende, die ab dem Wintersemester 2016/17 an der Johannes Kepler Universität Linz eines der Bachelorstudien Wirtschaftswissenschaften oder Sozialwirtschaft beginnen wollen. Gültig ist die verpflichtende Registrierung nur bei gleichzeitiger Überweisung eines Kostenbeitrags für ein Aufnahmeverfahren in der Höhe von 50 Euro. Ein Aufnahmeverfahren findet allerdings nur statt, wenn die Anzahl der registrierten StudienwerberInnen die Zahl der Studienplätze übersteigt. Das war in den vergangenen Jahren noch nie der Fall. Ganz im Gegenteil sind die Anmeldezahlen für das Bachelorstudium Sozialwirtschaft etwa seit der Einführung der langen Voranmeldefristen drastisch zurückgegangen: Während es im Jahr 2012 noch 262 StudienanfängerInnen gab, inskribierten 2014 nur noch 94 Personen. Demgegenüber stehen in dieser Studienrichtung 280 Studienplätze zur Verfügung.

Selbst wenn kein Aufnahmeverfahren durchgeführt wird, refundiert die Universität den Kostenbeitrag nicht an die StudienwerberInnen. Gebühren für ein Aufnahmeverfahren zu verlangen, das gar nicht stattfindet, ist ungerecht und kommt der Einführung von versteckten Studiengebühren gleich. Die 50 Euro stellen für angehende Studierende eine zusätzliche Hürde dar und sind sowohl angesichts der niedrigen AkademikerInnenquote in Oberösterreich als auch aufgrund der ungleichen Chancen, die gerade im tertiären Bildungssektor herrschen, der falsche Weg. Ob jemand ein Studium beginnt, hängt in Österreich schließlich noch immer maßgeblich vom Bildungsgrad und der Einkommenssituation der Eltern ab. Die Wahrscheinlichkeit, ein Universitätsstudium zu beginnen, ist laut Studierenden-Sozialerhebung 2011 für Kinder von MaturantInnen oder AkademikerInnen dreimal größer als für andere. Oberste Priorität an öffentlichen Universitäten sollte daher der Abbau von sozialen Barrieren haben. Die Errichtung neuer finanzieller Schranken erachten die unterzeichneten Abgeordneten als kontraproduktiv.

Linz, am 25. Februar 2016

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Promberger, Peutlberger-Naderer, Binder, Makor, Weichsler-Hauer, Müllner, Rippl,  
Punkenhofer, Schaller, Bauer, Krenn**